

SSRffm

StadtschülerInnenrat
Frankfurt am Main



Bildung. Neu. Denken.

Vorschläge des StadtschülerInnenrats Frankfurt
am Main anlässlich der Kommunalwahlen 2021

Inhalt

- 3 Über Uns
- 4 Vorwort
- 5 Schule ohne Rassismus? Gibt es nicht.
- 7 Digitalisierung an Schulen
- 9 Droht uns die Googleifizierung der Bildungsrepublik?
- 11 Unsere Schulen müssen digitaler werden.
- 14 Nachhaltigkeit an Schulen
- 15 Warum kostenlose Hygieneartikel in Schule so wichtig sind!
- 16 Schülerfirmen – vom Catering bis hin zur Fahrradwerkstatt
- 17 Schulbau in Frankfurt
- 20 Unser Weg zur Schule!
- 21 Gute Schulen in Frankfurt für alle
- 22 Gute Luft für gutes Lernen!

Wir sind der StadtschülerInnenrat Frankfurt am Main

Der StadtschülerInnenrat Frankfurt (SSR) ist die stadtweite Vertretung aller Schülerinnen und Schüler dieser Stadt. Die Aufgabe des SSR ist es, die Interessen der Schüler auf Stadtebene zu vertreten.

Diese Interessenvertretung geschieht in Form von Gesprächen mit Schulleitungen, durch Hilfe zum Aufbau und Ausbau funktionierender Schülervertretungen an den einzelnen Schulen und durch Unterstützung derer Aktivitäten, wie etwa bei der Durchführung von Seminaren. Der SSR greift auch bildungspolitische Themen auf. So dient er z.B. als Ansprechpartner der örtlichen Presse, der Stadtverordnetenversammlung sowie den Schülervertretungen der Frankfurter Schulen.

Der SSR setzt sich aus den 2 Delegierten jeder weiterbildenden und beruflichen Schule zusammen sowie deren Schulsprecher und dem Verbindungslehrer. Letztere nehmen beratend an den Vollversammlungen teil.

Der Vorstand des StadtschülerInnenrates wird vom SSR auf der ersten Vollversammlung im neuen Schuljahr gewählt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Stadtschulsprecher, zwei stellvertretenden Stadtschulsprechern und 5 Referenten und dem LSR-Delegierten und Vertreter. Der StadtschülerInnenrat wählt alle zwei Jahre drei VerbindungslehrerInnen.





Vorwort

Liebe Leser*innen,

Die Kommunalwahl 2021 ist ein guter Anlass den Blick auf die nächsten Jahre der Stadtpolitik zu werfen. In den zahlreichen Beiträgen dieses Heftes wollen wir konkret werden: Wo sehen wir die Probleme in der Bildungspolitik? Was muss sich ändern und vor allem: Wie?

Klar ist: Mit einem riesigen Investitionsstau im Schulbau, einer stetig wachsenden Schüler*innenzahl und der Umsetzung des Digitalpakts gibt es viel zu tun in den nächsten Jahren. Der StadtschülerInnenrat Frankfurt wird die Entwicklungen und die Stadtpolitik genau beobachten. Mit diesem Heft wollen wir Impulse für die Bildungspolitik der nächsten Jahre setzen und zeigen: Die Jugend ist politisch! Und sie will Mitsprache. Gemeinsam mit dem Frankfurter Jugendring planen wir das Frankfurter Jugendparlament. Unter dem Motto „Jugend macht Frankfurt“, wollen wir echte Partizipation für Jugendliche ermöglichen und Frankfurt aktiv mitgestalten.

In der Coronapandemie wurde viel über die Situation von uns Schüler*innen gesprochen. Richtig angehört oder gar in die politischen Entscheidungen einbezogen wurden wir von der Politik aber nicht. Das hat sich auch in den Maßnahmen gezeigt. Für die Zukunft wünschen wir uns, ein offeneres Ohr der Politik für unsere Anliegen.

In diesem Heft findet man auch einen Beitrag der Lehrer*innengewerkschaft (GEW). Das hat auch einen guten Grund: Lehrer*innen und Schüler*innen sitzen ganz oft im selben Boot, z.B. wenn es um fehlende digitale Ausstattung, zu große Klassen, oder marode Schulgebäude geht. Wir Schüler*innen und Lehrer*innen sollten zusammenstehen und gemeinsam für bessere Bedingungen streiten!

Ich bedanke mich bei allen Mitwirkenden und wünsche angenehme Lektüre!

Hannes Kaulfersch

für den StadtschülerInnenrat Frankfurt

Schule ohne Rassismus?

Unter dem Hashtag #Metwo teilten im Jahr 2018 sehr viele Schwarze Personen und Personen of Color ihre Rassismuserfahrungen in Deutschland. Besonders auffällig daran: die meisten rassistischen Erlebnisse fanden in der Schule statt – ausgehend von Lehrkräften und Autoritätspersonen.

Diese Erfahrungen lassen sich auch in Zahlen festhalten: eine repräsentative Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigt: jedes vierte Kind hat in den Jahren 2014 bis 2016 rassistische Diskriminierung in der Schule erlebt. Die Dunkelziffer ist deutlich höher. Denn: Es gibt keine Schule ohne Rassismus – nicht in Frankfurt, nicht in Hessen und nirgendwo in der Bundesrepublik.

Was ist Rassismus und wie funktioniert er?

Rassismus ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Ein Mechanismus, der Menschen aufgrund bestimmter (zugeschriebener) Merkmale bewertet. Das kann vieles sein: der Name, die Haut- oder Haarfarbe usw. Menschen werden also 1. aufgrund von bestimmten Merkmalen 2. einer vermeintlich homogenen Gruppe zugeordnet und 3. diese Gruppe wird dann als Ganzes bewertet. Ein konkretes Beispiel: Auf der Weltkarte im Klassenraum werden alle Schüler:innen dazu aufgefordert, ihre Herkunft zu markieren. Das mag zweifellos „nett gemeint sein“ – dahintersteckt aber ein rassistisches Konstrukt und Bild: von Deutschen als homogene Gruppe, die weiß ist. Schwarze Kinder müssen demzufolge eine andere Herkunft haben.

Das ist also die Funktionsweise von Rassismus. Und er ist in Schulen besonders präsent. Rassismus ist zudem ein strukturelles Problem, das institutionell verankert

Gibt es nicht.

Von Azfar Khan

ist. Das heißt: es gibt keinen Ort, keine Institution in unserer Gesellschaft, die frei ist von Rassismus. Menschen werden rassistisch sozialisiert.

Was heißt es, dass Rassismus strukturell verankert ist? Auch hier ein Beispiel: Eine Studie der Universität Mannheim zeigt, dass angehende Lehrkräfte ein Diktat von Murat schlechter bewerten als ein Diktat von Max – obwohl es genau dasselbe Diktat mit exakt derselben Anzahl von Fehlern ist. Das ist die Definition davon, dass Rassismus strukturell verankert ist: Menschen in unserer Gesellschaft handeln häufig rassistisch, ohne das es ihnen möglicherweise bewusst ist. Aber: es ist Fakt. Weil die Gesellschaft ihnen vermittelt hat, dass jemand mit den Namen „Murat“ niemals so gut im Fach Deutsch sein kann, wie jemand mit dem Namen „Max“. Denn Murat – das ist kein richtiger Deutscher. Jede Lehrkraft hat also rassistische Denkmuster.

Dieser Rassismus hat in Bildungsinstitutionen besonders fatale Folgen, zum Beispiel durch die Notenvergabe. Denn Rassismus ist dort besonders präsent, wo es Machtunterschiede gibt – z.B. zwischen Schüler:innen und Lehrkräften. Unser Bildungssystem begünstigt und manifestiert rassistische Diskriminierung – ohne konkrete Mechanismen zu etablieren, die dem entgegenwirken.

- Ein paar weitere Beispiele von Rassismus in der Schule – von Lehrkräften gegenüber Schüler:innen:
- Als „kompliziert“ wahrgenommene Namen der Schüler:innen werden nicht gelernt und abgekürzt.
- Bei der Verteilung von Referatsthemen schlägt die Lehrkraft vor, eine Gruppe muslimischer Schüler:innen solle sich dem Thema Ehrenmord widmen.
- Lehrkräfte loben Schüler:innen aus Familien mit Migrationsgeschichte für ihr gutes Deutsch.
- Im Sportunterricht wird das Spiel „wer hat Angst vorm

schwarzen Mann?“ gespielt.

- Im PoWi-LK wird eine jüdische Schülerin aufgefordert, ein Referat über die Politik Israels zu halten
- Ein Lehrer fragt eine Schwarze Schülerin mit einer Afro-Frisur, was sie denn für einen Wischmob auf dem Kopf trage.

All das sind möglicherweise Situationen, die viele von Euch schon mitbekommen haben. Und ja: die Situationen sind alle rassistisch.

Ein weiteres Problem ist, dass es an Bildungsinstitutionen kaum einen angemessenen Umgang mit rassistischen Vorfällen gibt. Beschwerden über Rassismus werden nicht ernstgenommen und von anderen Lehrkräften bzw. Vertrauenspersonen verharmlost. Oder das Thema wird mit einem kurzen Gespräch mit der Lehrkraft als erledigt erklärt – ohne weitere Konsequenzen.

Das passiert oft, denn Lehrkräfte müssen in ihrem Studium kein verpflichtendes Modul zum Erkennen und zum Umgang mit Rassismus durchlaufen. Obwohl dies notwendig ist. Denn Rassismus ist kein reines Problem von Rechtsextremisten, Nazis und der AfD: es ist ein Problem unserer gesamten Gesellschaft.

Und deshalb braucht es: Anti-Diskriminierungs- und Anti-Rassismusbeauftragte, deren Stellen an die staatlichen Schulämter gekoppelt sind – und die Befugnisse haben, bei rassistischen Vorfällen zu intervenieren. Es braucht einer Verankerung von Rassismus in allen Curricula, in Lehrkräfteausbildungen und auch im Unterricht für Schüler:innen.

Azfar Khan ist Mitarbeiter bei der Anti-Rassismusstelle der Stadt Frankfurt.



Digitalisierung an Schulen

Die Coronapandemie hat im Distanzunterricht deutlich gezeigt wie es mit der Digitalisierung der Bildung steht: Nicht sehr gut.

Die Coronapandemie hat im Distanzunterricht deutlich gezeigt wie es mit der Digitalisierung der Bildung steht: Nicht sehr gut. Dabei ist es so wichtig, dass die Schüler*innen digitale Kompetenz entwickeln. Der digitale Raum bietet noch viel unausgeschöpftes Potenzial für das Lernen. Doch woran liegt es, dass die Digitalisierung der Schulen und der Bildung im Allgemeinen noch in den Kinderschuhen steckt?

Mit der Ausstattung fängt es an: Allen Schüler*innen muss im Zuge der Lernmittelfreiheit ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt werden, zumindest denen, die über keines verfügen. Niemand darf abgehängt werden!

Schnelle Umsetzung des Digitalpaktes!

2020 wurden knapp 50 Millionen Euro vom Magistrat der Stadt Frankfurt beschlossen, um die digitale Infrastruktur an den Schulen zu verbessern. Jedes Jahr sollen ca. 30 der städtischen Schulen mit WLAN

und zusätzlichen Endgeräten ausgestattet werden. Auch Smartboards und Tablets sollen zur Verfügung gestellt werden. Für die schnelle Umsetzung muss dringend mehr Personal im zuständigen Amt (16) eingestellt werden. Man muss auch in Betracht ziehen, verstärkt private Dienstleister mit der Ausstattung zu beauftragen, um den Prozess zu beschleunigen.

Wichtig ist aber auch, dass die Schulen ausreichend IT-Fachkräfte zur Seite gestellt bekommen. Oft übernehmen diese Aufgabe Lehrkräfte und das zusätzlich zu ihrer sonstigen Lehrtätigkeit.

Mit einer ausreichenden digitalen Infrastruktur ist es aber noch nicht getan. Vielmehr braucht es eine große Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte. Nur so lassen sich die digitalen Programme und Geräte auch sinnvoll einsetzen. Wir sehen das Land Hessen in der Pflicht ein gutes Fortbildungsangebot zu schaffen und neue digitale pädagogische Konzepte zu erarbeiten. Oftmals herrscht Unklarheit darüber, welche Lernprogramme sinnvoll und auch datenschutzkonform sind. Auch hier muss es klare Konzepte des Kultusministeriums geben, um Orientierung zu schaffen. Das Schulportal war ein wichtiger Schritt hin zu einer digitalen Unterrichtsorganisation. Wir hoffen, dass es ständig weiterentwickelt wird und auch interaktive Lernfunktionen, wie z.B. ein Vokabeltrainer, dazukommen.

Auch das Surfen und Recherchieren kann besser und datenschutzkonformer gestaltet werden. Wir würden uns wünschen, dass auf den Schulcomputern beispielsweise Startpage als Suchmaschine voreingestellt ist: Startpage liefert gleichwertige Suchergebnisse, ohne das massive Datensammeln von Google und Co.

Werbeverbot – auch im digitalen Unterricht

In den meisten Bundesländern gilt ein Werbeverbot an Schulen. In Hessen regelt das u.a. § 3 des hessischen Schulgesetzes: Zwar sind Sponsorings, also z.B. durch Unternehmen bereitgestellte Lerninhalte zulässig, sofern der pädagogische Nutzen im Vordergrund steht, doch Werbung im herkömmlichen Sinn ist strikt verboten. Das ist auch gut so. Doch was passiert, wenn sich der Unterricht mehr und mehr in den digitalen Raum verschiebt? Ob über den Schulcomputer, oder den heimischen Laptop: Internetrecherchen gehören im Schulalltag auf jeden Fall dazu. Dabei stößt man auf ganz viel Online-Werbung, schließlich ist das Internet voll davon. Die Schüler*innen sollen während ihrer Recherchen an den Schulcomputern nicht durch Werbung abgelenkt werden. Was also tun, um das Werbeverbot auch hier zu gewährleisten? Ein Werbe- und Trackingfilter wäre die Lösung: Für die Schulcomputer empfiehlt sich eine systemintegrierte Lösung. Heißt: Der Datenverkehr wird über den Schulserver gefiltert. Dabei werden Werbeanzeigen blockiert. Das passiert übrigens schon mit als gefährlich oder als verboten eingestuft Verbindungen. Es ist also bereits ein Filter da, dieser müsste nur noch für das Filtern von Werbung eingerichtet werden.

Datenschutz und Sicherheit im digitalen Raum

Die Schüler*innen müssen stärker über Datenschutz und einen sicheren Umgang im digitalen Raum aufgeklärt werden. Dazu gehört unserer Meinung nach auch eine Übersicht über Vor- und Nachteile großer Anbieter wie bspw. Google und Microsoft und deren Alternativen (z.B. Open-Source-Software).

Der Medienunterricht, wie er momentan in der Unterstufe stattfindet, gleicht eher einer Produktschulung für Microsoft-Programme, als wirkliche Digitalkompetenz zu vermitteln. Schon früh sollte verstärkt über einen verantwortungsvollen Umgang im Netz und in den sozialen Medien aufgeklärt werden. Projekte wie „Digitale Helden“ können dieser Aufgabe nur sehr eingeschränkt gerecht werden. Vielmehr sollten die Lehrer*innen auch hier mehr Fortbildungen, aber auch mehr Unterrichtszeit bekommen.



Droht uns die Googleifizierung der Bildungsrepublik? Weltbeste Schulen brauchen mehr als moderne IT

Von Tim Engartner

**Tim Engartner ist Professor für Didaktik der
Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität
Frankfurt a. M. und Direktor der dortigen Akademie für
Bildungsforschung und Lehrerbildung.**

Dass Lehrende und Lernende sich gegenwärtig nur dann digital vernetzen können, wenn sich ein Förderverein, ein Landrat oder eine Schulsenatorin für eine zeitgemäße IT-Infrastruktur eingesetzt haben, wirft dunkle Schatten auf die „Bildungsrepublik Deutschland“. Die Lehrkräfte müssen die Lernplattformen aus den Nullerjahren ebenso als Ausdruck fehlender Wertschätzung begreifen wie die Generation der digital natives. Insofern ist es erfreulich, dass die Zeiten des „Corona-Lernens“ das E-Learning beschleunigen. Wenn aber nun Bildungspolitiker gleich welcher Couleur in eine öffentlichkeitswirksam begleitete Digitalisierungseuphorie verfallen, indem sie uns glauben machen wollen, mit dem 5,5 Milliarden Euro schweren „DigitalPakt Schule“ sei der Weg aus der Bildungsmisere gefunden, irren sie. Wollen wir wieder zum Land der Dichter und Denker werden, gilt es zahlreiche weitere schulpolitische Aspekte zu bedenken.

So sollten wir nicht vergessen, dass die Ausstattungsprobleme der Schulen vor allem in einem unzureichenden Personalschlüssel liegen. 2025 werden allein an Grundschulen hierzulande mindestens 15.000 Lehrkräfte fehlen. Und schon jetzt sind die Betreuungsschlüssel an allen Schulformen ausbaufähig – erst recht, wenn man sich an erfolgreichen Bildungsnationen wie Finnland oder Schweden orientiert. Während die Stadtstaaten Berlin und Hamburg 10.000 bzw. 10.100 Euro pro Schülerkopf ausgeben, sind es in Nordrhein-Westfalen nur 6.800 Euro. Die im internationalen Vergleich (zu) niedrigen Ausgaben für das Schulsystem sind der zentrale Grund, warum Bildungschancen hierzulande nach wie vor in besonderer Weise vom Sozialstatus der Eltern abhängen. Und wenn Lehrkräfte in Berlin durchschnittlich mehr als 30 Tage pro Jahr wegen Krankheit weder im Klassen- noch im

Lehrerzimmer erscheinen, werden digitale Angebote daran nur wenig ändern. Sollten nicht stattdessen nur noch diejenigen mit dem Beamtenstatus belohnt werden, die pädagogisch geeignet, fachlich versiert und intrinsisch motiviert sind?

Baulicher Niedergang

Aber es liegt auch an den Schulgebäuden, wenn die Mehrheit der Eltern ihre schulpflichtigen Kinder laut einer Forsa-Umfrage nur deshalb nicht an einer Privatschule anmeldet, weil das Schulgeld sie daran hindert. Laut einer vom Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführten Umfrage verzeichnen Städte und Gemeinden allein im Schulwesen einen Investitionsrückstand von 42,8 Milliarden Euro. Schulen müssten bestenfalls so finanziert werden, dass sie eine Bibliothek, einen Garten, ein Theater und ein Schwimmbad vorhalten. Ganztagsunterricht in kleinen Lerngruppen muss ermöglicht werden, so dass sich Familie und Beruf (besser) vereinbaren lassen und individuelle Förderung Platz greifen kann. Auch von bilinguaem Unterricht, musikalischer (Früh-)Förderung und Kooperationen mit Sportvereinen muss man häufiger reden dürfen. Daher liegt es nahe, nicht nur die IT-Infrastruktur an Schulen weiter auszubauen, sondern zugleich dafür zu sorgen, dass undichte Dächer, verdreckte Toiletten, zugige Fenster und defekte Heizungen der Vergangenheit angehören.

Digitalisierung der Bildungswelten

Der Anspruch, die Bildungswelten zu digitalisieren, sollte nicht allein auf der Digitalisierung der jugendlichen Lebenswelten fußen. Denn der Sinkflug der Lese- und Schreibkompetenz unserer Schüler wird nicht dadurch gestoppt werden, dass sie ihre Schulbücher gegen Tablets tauschen. Wenn beim Lesen und Zuhören nur noch rund zehn Prozent der Lernenden den Optimalstandard erreichen, müssen wir eher

über den Ausbau von Leseecken, Lesepatenschaften und Leseförderprogrammen reden. Andernfalls laufen wir Gefahr, in unserer Digitalisierungseuphorie Marshall McLuhans viel zitierten Ausspruch „The medium is the message“ zum Dreh- und Angelpunkt von Lehr- und Lernprozessen zu machen. Aber auch im 21. Jahrhundert gilt: Der Inhalt ist die Botschaft. Dem hat sich jedes methodische Werkzeug unterzuordnen – die Kreidetafel ebenso wie das Whiteboard. Je kleiner der Klassenverband, desto eher können Mimik und Gestik, Stimmung und Emotion, Ton und Schweigen sowie Freude und Abwehr zur Geltung kommen. Online-Tutorials sind in sozial-emotionaler Hinsicht kaum bereichernd.

Die Kultusministerkonferenz muss sich aber nicht nur zügig darauf verständigen, mit welchem Regelwerk die Lobbyaktivitäten von Amazon, Apple, Google und Microsoft auf dem milliardenschweren „Bildungsmarkt“ in Grenzen gehalten werden können. Zugleich sollte die Tatsache, dass vielen Schülerinnen und Schülern durch das derzeitige Homeschooling der Zugang zu einer warmen Mahlzeit, zu einem gewaltfreien Lernumfeld sowie zu vertrauten Kontaktpersonen genommen wurde, zum Anlass genommen werden, unser Schulsystem bildungs-, sozial- und steuerpolitisch zu reformieren. Genauer gesagt: Wenn wir Investitionen in die digitale Infrastruktur an Schulen fordern, dürfen Anliegen wie die Integration von Geflüchteten, die Verbesserung der Lehrenden-Lernenden-Relation und die Abschwächung der sozialen Polarisierung nicht in Vergessenheit geraten.

Unsere Schulen müssen digitaler werden!

Von Harrison Krampe

Zahlreiche Schüler*innen verfügen zuhause nicht über digitale Endgeräte. Damit fehlt ihnen eine Grundvoraussetzung für digitales Lernen und Teilhabe. Viele wissen auch nicht, wie man ein solches Gerät produktiv für den Unterricht benutzen kann. Häufig haben Schüler*innen zuhause eine schlechte Netz/WLAN-Verbindung und werden dadurch vom Lernen ausgeschlossen. Auch bei den Lehrer*innen mangelt es an digitaler Ausstattung. Laut einer Studie der GEW müssen 90% der Lehrkräfte ihre privaten Endgeräte für berufliche Zwecke nutzen. „Eigentlich müssten die Arbeitgeber diese Geräte zur Verfügung stellen, wie es auch in Unternehmen üblich ist. Es ist beispielsweise tatsächlich ein Problem des Datenschutzes, wenn Lehrer*innen zu Hause an ihren privaten Rechnern Notenlisten von Schüler*innen bearbeiten.“, erklärt Bildungsforscher Michael Kerres.

Häufig fehlen auch die digitalen Kompetenzen, um die verschiedenen Lernplattformen zu bedienen. „Wenn wir den Lehrern nicht gleichzeitig vermitteln, was sie mit der Technik in ihrem konkreten Unterricht anfangen können, wäre das die reinste Geldverschwendung.“, sagt die Leiterin der International Computer and Information Literacy Studie, Birgit Eickelmann.

Doch 82% der Lehrkräfte sagen, dass sie nicht genügend hilfreiche Fortbildungen zum Thema Digitalisierung angeboten bekommen.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage der Lerninhalte. Durch die vielen verschiedene Lernapps/-programme verlieren Lehrkräfte und Schüler*innen den Überblick, welche Apps gut und welche schlecht sind. Viele unterscheiden sich in ihrer Qualität und in datenschutzrechtlichen Aspekten. Uns erscheint es deshalb wichtig, dass klare Empfehlungen zu Lernprogrammen vom Hessischen Kultusministerium bereitgestellt und regelmäßig aktualisiert werden.

Durch die Coronapandemie haben sich viele der oben angesprochenen Probleme sehr deutlich gezeigt: Beim digitalen Lernen liegen wir im europäischen Vergleich nur auf einem mittleren Platz, wie Studien zeigen. Auch der im März 2019 beschlossene „DigitalPakt Schule“, hat bis jetzt kaum Früchte getragen. Bürokratische Prozesse verhindern einen schnellen Abfluss der Mittel des Digitalpakts und damit eine gute Ausstattung der Schulen.



Wir fordern...

...Investitionen, um Klassenräume für digitalen Unterricht auszustatten.

...die Bereitstellung digitaler Endgeräte – für Schüler*innen und Lehrer*innen.

...dass Lehrer*innen mehr Fortbildungen im digitalen Bereich erhalten.

...dass Schüler*innen eine ausreichende Netzwerkqualität zuhause bekommen.

...ein wirkliches Medienkonzept, das Übersicht über Lernsoftware und deren Gebrauch bietet.



Nachhaltigkeit auch an der Schule

Viele Schüler*innen sind sehr umweltbewusst und versuchen ihren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern. Auch wir finden, dass das ein wichtiges Thema ist. Die Schulen müssen ihren Beitrag leisten und ihre Umweltbilanz verbessern. Es fängt bei der Mülltrennung an: Bei knapp 70.000 Schüler*innen an den weiterführenden Schulen in Frankfurt fällt viel Müll an. Doch leider gibt es oft nur eine Mülltonne in den Klassenzimmern. Das muss sich dringend ändern! Drei verschiedene Mülltonnen in jedem Klassenzimmer müssen zum Standard werden, wie z.B. in Neuseeland. Es ist wichtig, dass eine Stadt wie Frankfurt in diesem Thema vorbildlich vorangeht.

Ressourcen schonen!

Der Verbrauch von Einmalplastik an Schulen muss heruntergefahren werden. Z.B. ist es immer noch üblich, dass Schüler*innen in der Unterstufe farbige Plastikhüllen um ihre Hefte machen müssen. Hier möchten wir zu anderen, plastikfreien Methoden anregen, um die Hefte auseinanderzuhalten.

Auch beim Papierverbrauch ließen sich deutliche ökologische und finanzielle Einsparungen erreichen. Durch das Schulportal können Arbeitsaufträge für zuhause hochgeladen werden – das hat uns vor allem der Distanzunterricht in der Coronapandemie gezeigt. Doch dafür müssen erst die technischen Voraussetzungen geschaffen werden – schließlich besitzt noch nicht jedes Kind ein geeignetes Endgerät und WLAN.

Nachhaltigkeit mehr zum Thema machen!

Die Schüler*innen müssen schon früh über ressourcenschonendes Verhalten aufgeklärt werden. Ganz generell muss das Thema Nachhaltigkeit stärkeren Einzug in die Lehrpläne finden.

Zahlreiche Umweltprojekte von Schüler*innen und Lehrer*innen zeigen: Jede*r kann etwas tun, um die Ökologie an seiner*ihrer Schule zu verbessern. Gerade die Schüler*innenvertretungen können Projekte an ihren Schulen umsetzen und konkrete Verbesserungen bewirken.

Erneuerbare Energien an Schulen

Nachhaltigkeit sollte sich nicht nur auf den Umgang mit Schulmaterialien beziehen, sondern auch die Schulgebäude selbst müssen in den Blick genommen werden. Dabei ist der Wechsel auf erneuerbare Energien unverzichtbar. Eine Möglichkeit ist Dächer mit Solarzellen zu bestücken. Die Stadtverordnetenversammlung hat 2017 beschlossen, dass auf allen stadteigenen Dächern Photovoltaikanlagen installiert werden sollen. Dies soll im Zuge von Neubauten und Dachsanierungen entstehen (StVVB § 2365 vom 01.03.2018). Der Beschluss bezieht sich daher auch auf Schulen. Auch die „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen 2021“ unterstreichen dieses Vorhaben.

Jedes Schulgebäude muss darauf untersucht werden, ob eine Photovoltaikanlage unter technischen, denkmalschutzrechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten installiert werden kann.

Schulen können ihren Beitrag dazu leisten, dass Frankfurt seine Klimaziele erreicht.



Warum kostenlose Hygieneartikel in Schule so wichtig sind!

Von Nila Minneker

Dass sie ihre Periode bekommen, können sich Mädchen nicht aussuchen. Dass diese, besonders während der Pubertät, auch mal überraschend eintritt, ist leider auch nicht selten. Ein Tampon oder eine Binde ist dann aber nicht immer direkt zur Hand. Und selbst wenn man doch einen Tampon zur Hand hat, so reicht dieser an einem langen Schultag in den meisten Fällen nicht aus, besonders, wenn die Periode dann doch mal etwas stärker ist.

Hinzu kommt, dass solche Hygieneprodukte auch monatliche Zusatzkosten verursachen, die besonders für Familien mit geringerem Einkommen eine finanzielle Belastung darstellen, vor allem wenn für mehrere Familienmitglieder*innen gekauft werden muss.

Wir finden: Es sollte an allen Schulen, am besten direkt auf der Toilette, kostenlose Hygieneartikel wie Binden oder Tampons geben.

Schülerfirmen – vom Catering bis hin zur Fahrradwerkstatt

Von Nila Minneker und Harrison Krampe

Eine Schülerfirma ist ein reales Unternehmen, das Produkte herstellt, verkauft und/oder Dienstleistungen anbietet. Die Rolle der Mitarbeiter*innen und Geschäftsführer*innen übernehmen die Schüler*innen. Dabei treffen sie unternehmerische Entscheidungen und lernen in der Praxis allerlei Dinge, wie z.B. Buchführung, Vermarktung, etc. Es gibt die verschiedensten Ideen zur Gründung einer Schülerfirma – vom Catering bis hin zur Fahrradwerkstatt. Es geht um Gewinne und Verluste. Das fordert von den Schüler*innen, unternehmerisch verantwortungsvoll zu denken und zu handeln.

Mit Schülerfirmen für das Leben lernen!

Eine Schülerfirma weckt in erster Linie den Unternehmergeist in den jungen Köpfen. Darüber hinaus wird Verantwortungsbewusstsein, Eigeninitiative und Engagement gefördert. Außerdem ermöglichen Schüler*innenfirmen erste Einblicke in die wirtschaftliche Realität nach der Schule. Schüler*innen werden darauf vorbereitet, in einem Team zusammenzuarbeiten und können die Grundlagen von Marketing, Buchhaltung, Design, Produktentwicklung, Verkauf, Einkauf und IT erlernen.

Auch für Lehrer*innen bietet das Konzept Schülerfirma die Möglichkeit, den Schüler*innen das Themenfeld der Betriebswirtschaft auf eine interessante und praxisnahe Art näher zu bringen. Der SSR sieht in Schülerfirmen eine wichtige und sinnvolle Bereicherung des Schullebens, was nachhaltig gefördert werden und eine größere Sichtbarkeit erhalten soll. Deshalb haben wir für das Jahr 2021 den Frankfurter Schülerfirmen-Contest ins Leben gerufen. Schülerfirmen aus dem gesamten Stadtgebiet und jeglicher Schulformen können teilnehmen und ihre Konzepte und Ideen präsentieren. Dabei winken tolle Preise!

Wir wollen die Schüler*innen Frankfurts motivieren ihre eigenen Firmen zu gründen!



Wie geht's weiter?

Schulbau in Frankfurt

Die Zahl der Frankfurter Schüler*innen wächst stetig und dieser Trend wird weiter anhalten. Die „Anzahl der potentiellen Jungeltern ist enorm hoch, die Geburtenzahlen steigen seit Jahren“.¹ Umso stärker wird sich der immense Investitionsstau im Frankfurter Schulbau bemerkbar machen. Um den wachsenden Bedarf decken zu können und den Gebäudebestand zu unterhalten und nach den aktuellen pädagogischen Anforderungen zu entwickeln, muss der Schulbau beschleunigt werden. Vor allem Bauflächen für neue Schulen fehlen. Die Stadt muss weiter Geld in die Hand nehmen und z.B. das städtische Vorkaufsrecht konsequenter ausspielen, um an geeignete Bauflächen zu kommen. Auch das Personalproblem in der städtischen Verwaltung verlangsamt den Schulbau. Deswegen müssen attraktive Stellen geschaffen werden.

Vom Startschuss der Planung eines Bauprojektes bis zur Realisierung gehen Jahre ins Land. Die Entscheidungs- und Planungsprozesse, sowie die Vergabewege müssen im Rahmen der rechtlichen Spielräume optimiert werden, um Zeit zu sparen. Ganz generell gilt: Alle Möglichkeiten, um Schulprojekte schnell umzusetzen, müssen ausgeschöpft werden, sofern Qualität und Wirtschaftlichkeit gewährleistet sind.

Auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel darf nicht am Schulbau gespart werden! Zwar gibt es weniger Steuereinnahmen wegen der Coronapandemie, das darf aber kein Grund sein, am Schulbau zu sparen, auch wenn neue Schulden aufgenommen werden müssen. Wir können es uns für die Zukunft nicht leisten, dringend benötigte Bauvorhaben aufzuschieben. Kommunen wie z.B. Frankfurt dürfen mit der Finanzierung aber nicht alleine gelassen werden. Bund und Länder sollten Unterstützung leisten. Der bauliche Rahmen ist das eine, genügend Lehrkräfte das andere: Nur wenn, sowohl ausreichend viele und gute Schulen, als auch genug qualifizierte Lehrer*innen da sind, funktioniert Bildung.

¹) Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen der Stadt Frankfurt am Main, Seite 10, September 2019







Unser Weg zur Schule!

Mobil, kostenlos & sicher! – Von Geronimo Rajabi

Tagtäglich sind Schüler*innen aller Altersklassen auf eine sichere und kostengünstige Anbindung an ihre Schulen angewiesen - ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit der Bahn.

Fuß- und Fahrradwege sicherer machen!

Oftmals stellen Straßenüberquerungen ein großes Risiko dar, gerade für jüngere Schüler*innen. Deswegen sollten verstärkt verkehrsberuhigte Zonen um die Frankfurter Schulen errichtet werden. Schaut man sich die innerörtlichen Verkehrsunfälle bei verunglückten Kindern und Jugendlichen an, zeigt sich im Erhebungszeitraum zwischen 2011 und 2019 ein eindeutiges Bild: bei 4 von 5 Verkehrsunfällen liegt die Geschwindigkeitsbegrenzung höher als 30 km/h. Daher unsere klare Forderung: Geschwindigkeitsbegrenzungen von 30 km/h um alle Frankfurter Schulen!

Nicht selten hört man von tragischen Fahrradunfällen. Die bereits stellenweise ausgebauten rotmarkierten Fahrradwege begrüßen wir und fordern auch hier einen flächendeckenden Ausbau. Zudem sollten an den Schulen mehr Fahrradständer zur Verfügung gestellt werden. Sogenannte „Doppelstockparker“, wie wir sie von der Konstablerwache kennen, sind besonders platzsparende Varianten.

Noch immer fahren viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule, oft auch aus Angst vor Unfällen. Mit einer für alle Verkehrsteilnehmer*innen sicheren Verkehrsinfrastruktur ließe sich das ändern. Dabei würden Staus minimiert, die Umwelt geschützt und die Gesundheit gefördert. Auch ein kostenloses Schüler*innenticket für alle Schüler*innen würde Anreize schaffen, das Auto stehen zu lassen. Dadurch ließen sich vor allem einkommensschwächere Familien finanziell entlasten.

Konkret wollen wir den Paragraphen 161 Absatz 2 (Schülerbeförderung, SchulG HE 2017) ändern: Dabei soll die 2- bzw. 3-Kilometerregelungen (für Grundschüler*innen bzw. Schüler*innen der Sekundarstufe I und II) aufgehoben werden und ein allgemeingeltendes Recht auf ein kostenloses Schüler*innenticket eingeführt werden. Die kostenlosen Schüler*innentickets sollen es den Schüler*innen auch außerhalb der Schulzeit ermöglichen, Kultur-, Unterhaltung- und Freizeiteinrichtungen in Hessen kostenlos besuchen zu können.

Gute Schulen in Frankfurt für alle – Von Sebastian Guttman

Woran erkennt man eine gute Schule für alle? Das lässt sich sicherlich nicht in ein allgemeingültiges Konzept meißeln, das dann wirklich dem Lernbedürfnis jeder Schüler*in gerecht werden kann. Solche Konzepte können nach unserer Überzeugung nur in einem kontinuierlichem und ernsthaftem demokratischen Austauschprozess zwischen Bildungswissenschaftler*innen und -politiker*innen auf der einen und den jeweiligen Schulgemeinden vor Ort auf der anderen Seite entwickelt werden. Darüber lässt sicher lange und erfolgversprechend diskutieren. Zumindest wenn ein Konsens darüber vorherrscht, dass die Bedürfnisse der Schüler*innen nicht komplett ignoriert oder gegeneinander ausgespielt werden. Eine zentrale Anforderung an eine solche gute Schule für alle lässt sich aus unseren Erfahrungen als Lehrkräfte und Personalrät*innen in Frankfurt recht einfach anführen. So muss der Schlüssel von Schüler*innen pro Lehrkraft dringend reduziert werden, also mehr Lehrkräfte eingestellt werden. Behauptungen, es käme nur auf die richtige pädagogische Einstellung und eine ordentliche Binnendifferenzierung an, sollen ja oft nur davon ablenken, dass andere Maßnahmen, die Geld kosten würden, nicht gewollt sind.

Zu einer guten Schule gehören aber auch eine gute Versorgung der grundlegenden Bedürfnisse und das Wohlbefinden als eine weitere Voraussetzung für Lernerfolge und gute Arbeit. Eine Schule ist aus dieser Sicht also dann gut, wenn es allen Personen, die dort tätig sind, gut geht.

Zwei Bereiche, die in die Zuständigkeit der Stadt Frankfurt fallen, wollen wir hier exemplarisch herausgreifen. Hygiene und Sauberkeit sind für Wohlbefinden elementar, oftmals gibt es hier aber Defizite. Auch das Essen nimmt gerade in einer ganztägig arbeitenden Schule eine zentrale Rolle ein, auch hier muss Qualität sichergestellt werden.

Aus unserer Sicht müssen in beiden genannten Bereichen Verbesserungen angebahnt und deren Einhaltung sichergestellt werden. Für die in beiden Bereichen genannten Aspekte setzt nach unserer Auffassung nach eine Rekommunalisierung Impulse in die richtige Richtung. Beim Schulträger angestellte und an ihrer Schule tätige

Reinigungskräfte können im Bedarfsfall sofort tätig werden und fühlen sich auch für ihre Einrichtung verantwortlich. Positive Rückmeldungen von vielen Schulen über die Erfahrungen mit den an Schulen präsenten sogenannten „Coronapräventionskräften“ zeigen, dass dies auch in der Realität so ist. Jede Schule sollte im Bereich der Hygiene über präsenste Mitarbeiter*innen verfügen. Natürlich müssen sanitäre Einrichtungen auch baulich im nutzbaren und guten Zustand sein, hier ist noch viel zu tun.

Das Essen in der Schule sollte gut und möglichst frisch zubereitet sein. Regionalität und längere, verlässlichere Laufzeiten als dies bei den bisherigen Ausschreibungen der Fall ist, können hier hilfreich sein. Beide Aspekte können durch eine Kommunalisierung befördert werden. Fest eingestellte Kräfte, die das Essen vor Ort herstellen und auch hier ein Zugehörigkeitsgefühl und damit einhergehend eine stärkeres Verantwortungsempfinden durch die Anbindung an eine Schule haben, können Qualität auch langfristig sicherstellen, ohne immer befürchten zu müssen, nach der nächsten Ausschreibung den Ort wechseln zu müssen.

Auch andere Faktoren unterstützen erfolgreiches Lernen: Angemessene räumliche und sächliche Ausstattung, eine zuverlässige digitale Infrastruktur inklusive eines IT-Supports vor Ort, unterstützende Schulsozialarbeit, sinnvolle und umsetzbare pädagogische Konzepte, die an den Bedürfnissen der Schüler*innen orientiert sind, tragen zu einer guten Schule für alle bei.

Es gibt viel zu tun! Aber eine Politik, die die Schulen darin unterstützt, Orte zu werden, an denen es allen Angehörigen der Schulgemeinde gut geht, ist tatsächlich nachhaltig und zukunftsorientiert. Und zur Schulgemeinde gehören neben Schüler*innen und Lehrkräften auch alle anderen Beschäftigten inklusive Reinigungskräfte und Küchenpersonal. Wenn das erreicht würde, wären wir schon einige große Schritte in Richtung einer guten Schule für alle vorangekommen, und sicherlich gestärkt bereit für die nächsten! Frankfurter*innen, denen gute Schule für alle ein bedeutsames Anliegen sind, sollten für ihre Wahlentscheidung also dringend prüfen, welche Parteien

am ehesten eine solche Politik anstreben. Denn aus dem Römer heraus werden die Grundlagen hierfür gelegt. Aber auch über die Stadtgrenzen hinaus kann dies ein Signal mit Vorbildcharakter für andere Kommunen und das Land werden. Denn auch wenn die Verbesserungen in Bezug auf räumliche und sächliche Voraussetzungen grundlegend für gute Schulen für alle sind, braucht es eben auch eine verbesserte Unterstützung und mehr Lehrkräfte durch das Land Hessen, um dann darauf aufbauen zu können.

Dies stellt vor dem Hintergrund der bisher aufgelaufenen Probleme im Bildungsbereich, Sanierungsstau und Lehrkräftemangel sind hier nur zwei Beispiele, sowohl auf Stadt- als auch auf Landesebene einen außergewöhnlichen Kraftakt dar. So wie es aussieht, muss hier eine breite Bewegung für gute Schulen für alle entstehen, die sowohl in Frankfurt als auch in Hessen dafür sorgt, dass sich dies im politischen Handeln niederschlägt.



Gute Luft für gutes Lernen!

Schüler*innen und Lehrer*innen halten sich pro Unterrichtstag mehrere Stunden in den Klassenräumen auf. Und das mit meist mehr als 25 weiteren Mitschüler*innen. Das drückt auf die Luftqualität: Die Co₂-Konzentration liegt dann schnell deutlich über den empfohlenen 1.000 ppm (gemäß VDI 6040-1). Es geht aber nicht nur um die Co₂-Konzentration, sondern auch um die Belastung mit Schadstoffen und Mikroorganismen.

Nun wird sich vielleicht manch einer denken: Zum Glück gibt es Lüftungsanlagen! Doch so leicht ist es nicht: Der Großteil der Frankfurter Schulen hat keine Lüftungsanlagen, in nicht wenigen Klassenräumen lassen sich nicht einmal die Fenster öffnen. Kein Wunder also, dass viele Schüler*innen und Lehrer*innen über Kopfschmerzen klagen – gerade an heißen Tagen. Hinzu kommt, dass die Lüftungsanlagen - dort wo sie überhaupt eingebaut sind - nur in der sogenannten „Heizungsperiode“ angeschaltet sind.

In den heißen Sommertagen, von denen es wegen des Klimawandels immer mehr geben wird, soll der Luftaustausch alleine über die Fenster geregelt werden. Das Problem dabei: Durch die offen stehenden Fenster wird es drinnen heiß. An manchen Tagen derart, dass der sommerliche Wärmeschutz nicht mehr gewährleistet werden kann und Lernen unmöglich wird. Was ist also zu tun, um auch im Sommer gute Luftverhältnisse gewährleisten zu können?

Es braucht eine flächendeckende Ausstattung bzw. Nachrüstung der Schulen mit Lüftungsanlagen. Diese sollten unbedingt mit intelligenten Kühlsystemen ausgestattet sein, um die Innenraumtemperatur an den heißen Tagen zu senken. Dazu braucht es zu aller erst eine Überprüfung des Gebäudebestandes, um zu schauen, an welchen Schulen eine Nachrüstung technisch möglich ist.

Auch wäre eine Ausstattung der Klassenräume mit Co₂ Messgeräten ratsam. Damit lässt sich die CO₂-Konzentration überwachen und anzeigen, wann es Zeit zum Lüften ist. Das ist ein erster und einfach umsetzbarer Schritt, hin zu besseren Raumluftverhältnissen.

SSRffm

StadtschülerInnenrat
Frankfurt am Main

ViSdP:

Kevin Saukel für den StadtschülerInnenrat Frankfurt am Main

Kurt-Schumacher-Str.41

60311 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 212 35 281

Fax: (069) 212 37 703

E-Mail: [gf\[at\]ssr-frankfurt.de](mailto:gf[at]ssr-frankfurt.de)

Redaktion:

Nila Minneker, Azfar Khan, Sebastian Guttmann, Lasse Weigelt,

Hannes Kaufersch, Harrison Krampe, Malaika Rödel, Nicolas

K., Geronimo Rajabi, Leon Schenke, Kevin Saukel, Prof. Dr. Tim

Engartner, Gregor Lamprecht

Bildung. Neu. Denken.